



Medienkommentar

Das geplante Freihandelsabkommen[...] zwischen USA und EU



Hinter verschlossenen Türen bereiten einige wenige Politiker der EU und der USA im Verbund mit circa 600 „Beratern“ von Großkonzernen ...

Guten Abend sehr geehrte Damen und Herren,
hinter verschlossenen Türen bereiten einige wenige Politiker der EU und der USA im Verbund mit circa 600 „Beratern“ von Großkonzernen das transatlantischen Freihandelsabkommen, abgekürzt TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) vor, welches bis 2015 in Kraft treten soll. Ziel ist die Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone, was den Abbau und die Angleichung von Vorschriften für sämtliche Bereiche des wirtschaftlichen Lebens bedeutet. Im Klartext heißt dies, dass sich der eine Kontinent dem anderen Kontinent auf das jeweils niedrigere Niveau der Vorschriften anpasst. Der Verbraucherschutz und somit der Bürger bleiben auf der Strecke, alleinige Gewinner sind die Großkonzerne. Was hier für die Menschen in Europa und USA geplant wird, ist sehr weitreichend und folgenreich. Da man in den Massenmedien nichts von diesen geplanten Verträgen hört, gleicht KTV dieses Informationsdefizit aus. Hier einige Auszüge, wie uns Bürger dieses Abkommen unmittelbar betreffen würde.

In US-Lebensmitteln ist zum Beispiel alles erlaubt, dessen Schädlichkeit nicht bewiesen ist. Verbote werden erst erlassen, wenn bereits Schädigungen entstanden sind, also wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. In Europa dagegen rechtfertigt schon ein Verdacht auf Schädigung ein Verbot. Die Angleichung würde vom europäischen Standard auf den amerikanischen Standard absinken.

Eine neue supranationale Rechtsordnung gibt den Großkonzernen dann die Möglichkeit, entgangene Gewinnerwartungen einzuklagen. Wenn zum Beispiel Regierungen bis hinunter zu den Bundesländern und Kommunen gegen die Einfuhr von Produkten oder Rohstoffausbeutung protestieren oder klagen, können sie deshalb auf Schadenersatz verklagt werden. Dies wird dann nicht vor bestehenden Gerichten verhandelt, sondern ein Schiedsgericht zur Streitbeilegung wird von 15 Anwaltskanzleien gebildet, die sich auf Investitionsklagen gegen Staaten spezialisiert haben. Im Endeffekt entscheiden drei „Richter“, ob ein Staat die erwarteten Profite eines Unternehmens beeinträchtigt. Diese „Richter“ sind sehr oft Angestellte von Kanzleien, die auch für die Konzerne arbeiten. Die Gerichte tagen im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Niemand erfährt somit, wie hier verhandelt wird.

Beispiele für Einfuhrmöglichkeiten sind zum Beispiel mit Chlor und Desinfektionsmitteln behandelte Hähnchen und mit Wachstumshormonen hergestelltes Schweinefleisch. Dazu gehört das in 160 Staaten verbotene Wachstumshormon Ractopamin, das so ohne Kennzeichnung in unseren Nahrungsmitteln und auf unseren Tellern gelangt. Der Verkauf von Gentechnikprodukte in europäischen Supermärkten kann erzwungen werden, weil ihr Verbot den „freien“ Handel behindert. Ebenso werden viele weitere Kennzeichnungspflichten

im Lebensmittelbereich aufgehoben. Eine kleinbäuerliche europäische Agrarwirtschaft wird sich gegenüber dem agrarindustriellen Ansatz in Nordamerika nicht halten können. Die Marktnischen regionaler Wertschöpfung und kleiner Unternehmen werden von dollarschweren Konzernen erdrückt.

Es beinhaltet weiter die Privatisierung der Wasserversorgung, weil zum Freihandel auch eine für Investoren käufliche Infrastruktur gehört. Es wirkt somit bis in die wirtschaftliche, regionale Flächennutzung und Raumplanung, den Wasserschutz und die Waldnutzung, die öffentliche Auftragsvergabe und Rohstoffausbeutung hinein. Es kann Gemeinden und Regionen zwingen das Fracking zuzulassen, was bisher in Europa noch teilweise verboten ist. Fracking meint Tiefenbohrungen zur Förderung von Erdgas, was eine Verschmutzung und Vergiftung von Umwelt und Wasser zur Folge hat.

Politisch kann das Abkommen weder durch Wahlen, noch durch Regierungswechsel noch durch irgendwelche Protestaktionen aufgehoben werden. Es könnte nur durch einstimmigen Beschluss aller Politparteien außer Kraft gesetzt werden, was in der Praxis nicht zustande kommt und gegen alle Regeln der Demokratie verstößt.

Verehrte Zuschauer, dies sind nur einige Auszüge aus den Inhalten dieses Abkommens und was es für uns als Verbraucher bedeutet. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Freihandelsabkommen so aufgebaut ist, dass es weder politisch, rechtlich angreifbar noch absetzbar ist und dadurch wenige Eliten aus Finanzwelt, Konzernen und Politik eine Wirtschaftskontrolle über die ganze Bevölkerung der USA und Europa gibt.

Auch zwischen anderen Ländern sind in Vergangenheit und Gegenwart schon solche Abkommen verhandelt worden wie z.B. das TPP (TransPacific Partnership), Nafta (North Atlantic Free Trade Area) oder das (ci i ti ei CETA (zwischen EU und Kanada verhandelte), wo Länder schon finanziell von den Konzernen verklagt werden.

In einer Demokratie ist das Volk der Souverän, daher kann die Lösung auch nur vom Volk kommen. Das geschieht als erstes über Information und Aufklärung. Deshalb: Empfehlen Sie uns weiter und bleiben Sie dran, sich und andere aufzuklären.

Wer hier gleich konkret aktiv werden und seiner Gegenstimme laut Ausdruck verleihen möchte, kann dies am 1. und 17. Mai bei Aktionstagen der Bewegung "Mehr Demokratie" tun. Wo diese überall stattfinden sehen Sie unter www.mehr-demokratie.de unter "Aktionen".

von ga.

Quellen:

<http://www.wissensmanufaktur.net/freihandelsabkommen><http://www.umweltinstitut.org/info-kampagnen/ttip-infokampagne.html><http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2014/02/21/banken-zahlen-millionen-an-ttip-verhandler.html><http://www.republicreport.org/2014/big-banks-tpp/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Freihandelsabkommen - www.kla.tv/Freihandelsabkommen

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.